

## HISTORIE UND ABLAUF

### Umzug der Grundschule muss durch Verkauf gegenfinanziert werden.

Am 15.11.2011 wurde in der öffentlichen Sitzung des damaligen Gemeinderates beschlossen, dass das Gebäude der Realschule (Schulstraße 4) zur Unterbringung des zweiten Teils der Josef-Dosch-Volksschule herangezogen wird und die Finanzierung der Renovierung durch den Verkauf des Grundschulareals an der Bahnhofstraße erfolgen soll. Dieser Beschluss wurde auch umgesetzt. Hintergrund dafür waren nach einem Deckenabsturz Untersuchungen, die zeigten, dass eine Renovierung des Grundschulgebäudes nicht mehr möglich gewesen wäre.

### Architekturentwürfe finden keine ungeteilte Zustimmung und führen nicht zu Verkauf des Areal

Die Bemühungen des Gemeinderates aus der vorherigen Wahlperiode unter Vorsitz von Frau Brigitte Servatius für eine Neubebauung des Areal brachten im März 2014 drei Architektenentwürfe mit unterschiedlichen Grundstücksgrößen und unterschiedlichen Zufahrten hervor. Keiner der dort präsentierten Entwürfe fand in der Bürger- und Gemeinderatsmeinung einstimmigen Zuspruch. Letztendlich führten die Entwürfe auch nicht zum Verkauf.

### Bürgerbeteiligung, Transparenz und Begleitung durch Experten prägen das Verfahren

Unter dem Vorsitz von Dr. Brigitte Kössinger beginnt der Gemeinderat mit der Planung für den Verkauf des ehemaligen Grundschulareals. Die Erkenntnisse und Bürgerwünsche aus dem Bürgerbeteiligungsprozess „Gauting entfalten“ werden in die Planung mit einbezogen. Das Verfahren wird durch Frau Schreiber (ISEK), das Planungsbüro Obermeyer (Verkehr) und das Insitut CIMA (Einzelhandel) begleitet. Die Beratungsfirma Drees & Sommer berät bei der Ausschreibung. Nach einem Bieterverfahren werden dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung drei Entwürfe vorgestellt.

### Fast einstimmiger Beschluss für das Konzept von Sontowski & Partner

Der Gemeinderat Gauting stimmt mit 22 zu zwei Stimmen für das Konzept den familiengeführten Projektentwicklers Sontowski & Partner. Den Bürgern wird das Konzept im April 2017 vorgestellt. Es folgte die formelle Bürgerbeteiligung durch mehrere öffentliche Auslegungen.

